

Aalener Jahrbuch 1984

Herausgegeben vom Geschichts-
und Altertumsverein Aalen e.V.

Bearbeitet von Karlheinz Bauer

Konrad Theiss Verlag
Stuttgart und Aalen

Die Machtergreifung der NSDAP in Aalen und Umgebung

Hans-Karl Biedert

Noch im Jahre 1931 war die NSDAP in unserer Region eine ziemlich bedeutungslose politische Gruppierung, wenn man die Mitgliederzahlen überprüft; in den vier Oberämtern Aalen, Ellwangen, Neresheim und Heidenheim gab es zusammen nur 225 Parteigenossen, davon waren 97 SA-Männer.

Die Landtagswahl vom 24. April 1932 glich jedoch bereits einem politischen Erdbeben in Württemberg. Die NSDAP, die in der vorigen Legislaturperiode ein einziges Abgeordnetenmandat errungen hatte und das auch noch nach Inanspruchnahme des Rechtsweges, erringt 26,4% der abgegebenen gültigen Stimmen und zieht mit 23 Abgeordneten im Landesparlament ein. Sauer¹ erklärt den starken Zuwachs der NSDAP vor allem mit ihrem Einbrechen in die Wählerpotentiale der Bürgerpartei und des Bauern- und Weingärtnerbundes, ebenso bei der DDP und der DVP. Die SPD büßt etwa ein Drittel ihrer Wähler ein, allerdings sind diese zum größten Teil zur KPD übergewechselt. Nur Zentrum und Christlicher Volksdienst gehen ungeschwächt aus den Wahlen mit 20,5 bzw. 4,2% der abgegebenen Stimmen hervor. Die riesigen Gewinne der NSDAP verteilen sich allerdings sehr unterschiedlich im Lande. Wie auch in anderen Ländern des Reiches sind mittelständisch-bürgerliche und landwirtschaftlich strukturierte Gebiete mit überwiegend evangelischer Bevölkerung besonders anfällig für die NS-Propaganda gewesen. In den gleichfalls landwirtschaftlichen Gebieten Ostwürttembergs allerdings tut sich die NSDAP viel schwerer. Hier ist die Bevölkerung stark in der katholischen Tradition verwurzelt und hat ihre Heimat in der Partei des politischen Katholizismus, im Zentrum gefunden. In den Städten, dies trifft auch für Aalen zu, bzw. im stark industrialisierten Wasseralfingen sieht das Bild wieder anders aus: In den traditionellen Wählerpotentialen der SPD und in geringerem Maße der KPD war die NSDAP erfolgreicher. Allerdings liegen hier die Stimmengewinne der NSDAP dennoch unter dem Landesdurchschnitt. Bei der Wahl am 24. April 1932 erhält die NSDAP in der Stadt Aalen 1732 Stimmen, das Zentrum aber noch 1966. Im Landbezirk ist das Verhältnis noch günstiger für das Zentrum: Es erhält hier 7799 Stimmen, während sich die NSDAP mit 3318 Stimmen begnügen muß.

Die sich noch weiter verschärfende Weltwirtschaftskrise treibt in den nächsten Monaten weitere Bürger in die Arme der Extremparteien, in unserer Gegend vorwiegend in die der NSDAP. So wächst auch die SA gegen Ende 1932 nicht unerheblich an. Der Sturm 21 mit 64 Mann ist in Aalen stationiert, ein Motorsturm mit 38 Mann steht ebenfalls in unserer Stadt, außerdem ein Musikzug mit 20 Mann und ein Spielmannszug mit 9 Mann. Sie alle sind eingegliedert in den Sturmbann III/120 mit Sitz in Aalen,

Landtagswahl

Wahlbezirk Ulm

1	Sozialdemokratische Partei Württembergs Kinkel — Mifeler — Kamm — Münkle Brückner — Schwarz	1	☐
2	Württ. Zentrums-Partei Gengler — Dr. Beyerle — Kuhn — Mahringer Groß — Maier	2	☐
3	Württ. Bauern- und Weingärtnerbund Muschler — Vogel — Knöbler — Bühl	3	☐
4	Deutsche Demokratische Partei Dr. Maier	4	☐
5	Kommunistische Partei Deutschlands Saag — Heinzmann — Wolf — Nagel Köfing — Haller	5	☐
6	Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei) Dr. Hölcher — Bader — Bürgers — Brenner	6	☐
7	Deutsche Volkspartei und Volkskonservative Vereinigung Dr. Plappert	7	☐
8	Christlicher Volksdienst für Württemberg Scheible — Kling — Bilger — Lamparter	8	☐
9	Volksrecht-Partei Bauser — Hagel	9	☐
10	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) Kling — Barth — Sannwald — Bodet Bermannseder — Sauerborn	10	☐

Reichstagswahl
Wahlkreis Württemberg
(Württemberg und Regierungsbezirk Sigmaringen)

1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter- Partei (Hitlerbewegung) Dreher — Grund — von Jagow — Riehn	1	☐
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kohmann — Dr. Schumacher — Ulrich — Weimer	2	☐
3	Kommunistische Partei Deutschlands Frau Jellin — Buchmann — Uhrig — Euf	3	☐
4	Württembergisch-Hohenzollerische Zentrumsparlei Dr. Boly — Jarny — Groß — Wiedemeier	4	☐
5	Deutschnationale Volkspartei Dr. Wilder — Dr. Hölzger — Frau Koch — Adgele	5	☐
5a	Radikaler Mittelstand Wyllas — Dr. Wörbelaure	5a	☐
7	Deutsche Volkspartei Aelrich — Krämer — Kruer — Frau Well	7	☐
8	Deutsche demokratische Partei Württemberg und Hohenzollern Dr. Maier — Weigand — Frau Krauß — Hausmann	8	☐
9	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) Simpendörfer — Baulß — Jod — Diller	9	☐
9a	Schicksalgemeinschaft deutscher Erwerbs- loser, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront) Hoffmann	9a	☐
10	Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) Adler — Hedder — Derrich — Modath	10	☐
11	Deutsche Bauernpartei Dr. Jehr — Dilling	11	☐
12	Bauern- und Weingärtnerbund Bang — Freiherr von Stauffenberg — Klein — Siegel	12	☐
14	Vollrecht-Partei Bauer — Hagel — Jodler — Spludler	14	☐
17	Sozial-Republikanische Partei Deutschlands (Höring-Bewegung für Arbeitsbeschaffung) Höring — Fied — Dr. Klemke — Neumann	17	☐
18	Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands Wolger — Vornbach — Eßler — Reibach	18	☐
21	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft) Braun — Klein — Ede	21	☐
25	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern Schneider — Rädger — Gildwein — Baumann	25	☐
26	Deutsche Reform-Partei Eh — Pfeffer — Frau Keller	26	☐
27	Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer Beer — Preussner — Sielmann — Huber	27	☐
28	Enteigneter Mittelstand Kraemer — Hellwig — Herfort	28	☐
29	Handwerker, Handel- und Gewerbe- treibende Richter — Röderer	29	☐

130 Stimmzettel für die Reichstags-
wahl am 6. November 1932

der Stürme in Aalen, Giengen, Lauchheim und Heidenheim umfaßt. Insgesamt sind hier 362 Männer organisiert, sicherlich zum Teil Arbeitslose, die auf diese Weise einer im NS-Sinn nützlichen Beschäftigung zugeführt werden.

Das Organisationsnetz der Partei in unserer Gegend war aber noch lange nicht lückenlos; im Winter 1932/33 gab es nur in sieben Gemeinden Ortsgruppen der NSDAP: Aalen, Abtsgmünd, Adelsmannsfelden, Essingen, Oberkochen, Unterkochen und Wasseralfingen. In den anderen Gemeinden war die Mitgliederzahl der Partei noch so gering, daß sich eine eigene Ortsgruppe nicht lohnte.

Das Jahr 1933 beginnt eigentlich völlig „normal“². Am 5. Januar berichtet die Kocher-Zeitung, daß im Arbeitsamtsbezirk Aalen mehr als 600 000 RM im Rahmen des Gereke-Programms zur Überwindung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden sollen. Im Rahmen dieser reichsweiten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sollten in unserer Gegend Straßenbauarbeiten (Verbesserung der Straßen Unterrombach–Dewangen–Abtsgmünd und Hohenberg–Rosenberg) sowie Kocher- und Jagstregulierungen durchgeführt werden. Da die Arbeitslosigkeit in der Stadt Aalen selbst am größten ist, wird noch dringend ein Projekt der Stadtgemeinde zur Bezuschussung vorgeschlagen. Immerhin zeichnet sich zu Jahresbeginn 1933 weltweit ein Rückgang der Weltwirtschaftskrise ab, was auch in Aalen mit Erleichterung registriert wird. Schließlich war 1932 das wirtschaftlich „traurigste in langen Zeiten gewesen“, wie Oberbürgermeister Schwarz am 19. Januar in seinem Jahresrückblick im Stadtrat sagte³. Das vergangene Jahr habe die schwersten Enttäuschungen mit sich gebracht, und man hoffe auf baldige Besserung der Lage.

Die erste NSDAP-Aktivität im neuen Jahr, die durch die Zeitung überliefert ist, findet am 22. Januar 1933 statt. An diesem Tag findet eine Kundgebung und ein „Deutscher Abend“ der Partei statt. Die SA marschiert auf dem Bohlschulplatz auf. Kreisleiter Adolf Kling MdL hält eine Rede, ebenso der SA-Sturmabteilführer Fridolin Schmid. Der „Deutsche Abend“ der NSDAP wird in der Zeitung als die bisher eindrucksvollste Veranstaltung der Partei in dieser Art bezeichnet, auch sei die Zahl der Zuhörer diesmal erfreulich hoch gewesen, was man anscheinend nicht immer in der vergangenen Zeit von Veranstaltungen der NSDAP behaupten konnte. Noch haben wir in Aalen aber Parteienpluralismus, es existieren zahlreiche andere Gruppierungen. Vom Konsumverein über völkische Gruppierungen bis hin zu christlichen Pfadfindern, von der SPD bis zum Zentrum sind in diesen ersten Wochen von 1933 Neujahrsfeiern oder Parteiabende in der Zeitung gemeldet. Die NS-Aktivitäten nehmen noch keinen herausragenden Platz ein. Die Partei gilt als eine unter vielen. Sie wird auch als eine unter vielen verkannt.

Ende Januar tat sich einiges auf der politischen Bühne in Berlin. Das blieb der Kocher-Zeitung nicht verborgen. Am 27. Januar taucht auf Seite 5 zum ersten Mal eine Notiz auf: „Gerüchte um eine Kabinettsneubildung. Eintritt der Nationalsozialisten in ein Präsidialkabinett unter Verzicht auf Führung?“, so lautete die Überschrift eines Artikels, der offensichtlich aus der damals in Berlin heftig brodelnden Gerüchteküche seine Informationen bezogen hat. Weiter unten auf derselben Seite ist eine Erklärung der NSDAP eingerückt, eine offiziöse Pressemeldung aus dem Braunen Haus in München, wonach die Partei sehr wohl bei einer Kabinettsumbildung auf den Posten des Reichskanzlers Wert lege. Anderslautende Gerüchte seien Schwindelmeldungen. Der politisch aufgeschlossene Leser der Kocher-Zeitung wußte also seit dem 27. Januar, daß in Berlin eine Kabinettsneubildung bevorstand, wohl wieder ein neues Präsidialkabinett, wie man sie in den letzten Jahren vielfach kommen und gehen gesehen hatte. Also nichts Neues unter der Sonne – oder etwa doch? Am 30. Januar berichtet die Zeitung als Aufmacher vom Rücktritt des Kabinetts Schleicher. Franz von Papen sei mit neuen Verhandlungen zur Bildung eines Kabinetts beauftragt worden. Zur

131 Meldung in der Kocher-Zeitung vom 27. Januar 1933

Gerüchte um eine Kabinettsneubildung.

Eintritt der Nationalsozialisten in ein Präsidialkabinett unter Verzicht auf Führung?

Berlin, 26. Januar. In den heutigen Abendstunden verbreiteten sich die Gerüchte über eine Neubildung des Reichskabinetts in immer härterem Maße, wobei die Feststellung gemacht wurde, daß Hitler auf die Führung eines Präsidialkabinetts verzichtet habe und die nationalsozialistische Partei bereit sei, an einem derartigen Kabinett teilzunehmen. Ob es sich bei dem Entschluß Hitlers um das gegenwärtige oder um ein neues Kabinett handelt, war regierungsseitig noch nicht festzustellen.

Die Regierung Schleicher hält nach wie vor daran fest, daß der Reichsrentat morgen die Entscheidung herbeiführen muß. Für ein neues Präsidialkabinett werden Papen, Göring, Hugenberg, Fricke und von Stülpnagel als die kommenden Männer genannt.

Die Nationalsozialisten gegen eine weitere Vertagung des Reichstags.

Berlin, 26. Januar. Der „Völkische Beobachter“ (Berliner Ausgabe) stellt zur innerpolitischen Lage heute Abend fest: Wie wir hören, beabsichtigt die nationalsozialistische Reichstagsfraktion in der Freitagssitzung des Reichstages feierlich besonders oder neue Vorschläge einzubringen. Ihre am 20. Januar geäußerte Absicht, daß im Plenum des Reichstages zunächst einmal über die Winterhilfe und über die Beseitigung der sozialen Härten der Anti-Rotverordnung vom vorigen Jahr beraten werden müßte, hat die Fraktion vorerst fallen lassen, weil die Regierung mit der Begründung, daß doch kein Geld vorhanden sei, auch entsprechende Beschlüsse nicht durchführen würde.

Von einer abermaligen Vertagung des Reichstages bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Kabinett den Haushaltsplan von 1933 vorgelegt hat, verspricht sich die Fraktion nichts mehr.

Falls nicht besondere Ereignisse in der Zeit zwischen dem 27. und 31. Januar eintreten, ist ein Ablauf der politischen

findet in der heutigen Morgenpresse lebhaften Ausdruck. Selbstverständlich stehen im Mittelpunkt der Erörterungen der Blätter, die gestern im Zusammenhang mit den Besprechungen zwischen Deutschnationalen u. Nationalsozialisten aufgetauchten Strafengerichte. Nachdem bereits in den gestrigen Abendstunden von zuständigen Stellen die Behauptung über einen beabsichtigten Rücktritt des Reichskanzlers nachdrücklich dementiert worden ist, und auch von den Nationalsozialisten festgestellt worden ist, daß es sich bei den Gerüchten über eine bereits zustandgekommene Kabinettsliste um „Schwindelmeldungen“ handele, wenden sich heute früh auch die dem deutschnationalen Parteiführer Hugenberg nahestehenden Scherblätter gegen derartige Behauptungen. Sie bezeichnen es vor allem als absolut falsch, daß die Deutschnationalen jene Ministerliste veröffentlicht hätten, und sprechen von unglaublichen „Falschmeldungen und Sensationsberichten“. Ebenso nehmen eine Reihe anderer Blätter dagegen Stellung.

Die „DZ.“ nennt die Behauptungen unter Berufung auf absolut autorisierte Quellen völlig aus der Luft gegriffen.

Die „Börsenzeitung“ stellt fest, daß der in den Gerüchten genannte General von Stülpnagel von diesen Kombinationen erst durch die Presse erfahren habe.

In verschiedenen Zeitungen wird angekündigt, daß Adolf Hitler heute in Berlin eintreffen wird und daß die Besprechungen zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten weitergeführt werden.

Der „Börsenzeitung“ zufolge sollen dabei bisher befriedigende Fortschritte gemacht, aber noch keine abschließenden Ergebnisse erzielt worden sein.

Wenn der „Völkische Beobachter“ unter Hinweis auf die Aeußerung des „Völkischen Beobachters“ über die Haltung der NSDAP, die einem kommunistischen Mißtrauensvotum zustimmen muß, sagt, der Reichspräsident muß dann entscheiden,

132 Bericht in der Kocher-Zeitung vom 31. Januar 1933 ►

Friedrich Hübner, ausges. Sauer- u. Feiertage, mit den Beilagen: Der Hanserund um Silberblatt, Unsere Heimat, Die Braunscheube, Für die Landwirtsch., Expon von Kalen. — Gedrucktgeheiß im Tagel 6 1/2 auswärts 10 1/2, Verlagsanhang 4 1/2, Heftchen 30 nur auf 1 Spallat Wilmersdorf. — Bezugspreis: Durch unsern Verleger monatl. RM 1.95 (einfach 18 1/2) zuzüglich, durch die Post monatl. am Lahn (einfach 20 1/2) zuzüglich. — Die Zeitung kann nur ab Monatsende bestellt werden. Der Einzelstückhöher Betrag behält fast Recht auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Schriftleitung: Fritz Gierling.

Dienstag, den 31. Januar

1933

Seit der Revolution betätigte er sich in der Politik und zwar als Anhänger und Parteigänger Adolf Hitlers. Frid hatte Adolf Hitler beim Münchner Putsch unterstützt und wurde vom Volksgericht zu Gefängnishaft verurteilt, im Disziplinarverfahren aber freigesprochen. Seit der zweiten Wahlperiode 1924 hat er ein Mandat im Reichstage inne und zwar auf Grund des Reichspräsidentenwahlgesetzes der NSDAP. Im Jahre

Dr. Gerke,
A. M. für Arbeitsbeziehung

- Überwindung der Regierungskrise werden drei Vorschläge in der Presse gehandelt:
- eine parlamentarische Mehrheitsregierung mit einem Reichskanzler Hitler als Chef der stärksten Reichstagsfraktion,
 - eine Minderheitsregierung Hitler, gestützt auf weitere rechte und konservative Gruppierungen im Reichstag und
 - ein Präsidialkabinett, wobei offen bliebe, unter welcher Persönlichkeit als Reichskanzler.

Allerdings wird vermutet, Franz von Papen werde dem Reichspräsidenten ein Kabinett Hitler vorschlagen.

Am 31. Januar 1933 erfahren die Leser dann, daß ein neues Präsidialkabinett ernannt sei. Adolf Hitler sei Reichskanzler, sein Kabinett wird mit ausführlichem Bildteil vorgestellt. Das entspricht der Art und Weise, wie auch bisher stets neue Kabinette der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Es ist absolut nichts Weltbewegendes bei dieser Regierungsumbildung zu erkennen. Aus der Stadt selbst werden keine Reaktionen, auch nicht der NSDAP, auf die Machtergreifung gemeldet. Erst am 31. Januar kommt es zu einer Kundgebung der Partei in Aalen, die nach dem üblichen Ritus abläuft: Umzug der SA, eine zündende Rede, danach Absingen von Deutschlandlied und Horst-Wessel-Lied. Ortsgruppenleiter Karl Barth geht in seiner Rede hart mit dem Weimarer System ins Gericht. „Der fortwährende Regierungswechsel habe es soweit gebracht, daß Millionen ohne Verdienst auf der Straße stehen, das marxistisch-liberalistische System habe die Profitgier einzelner befriedigt und das Gewerbe, das Handwerk, die Landwirtschaft und die Industrie zum Bankrott geführt. An seinen eigenen Gesetzen sei nun dieses System zugrunde gegangen. Nun sei der Mann gekommen, der das Beste des deutschen Vaterlandes wolle, der dem Volk Arbeit, Brot und Freiheit schaffen werde, Adolf Hitler.“ Mit begeisterten Sieg-Heil-Rufen wird diese Ansprache aufgenommen. Offensichtlich ist aber doch in der Stadt einiges an Gegnern der NSDAP vorhanden. Eine Episode bei dieser Kundgebung macht das deutlich. Nach der Rede wurde das Deutschlandlied abgesungen. Dabei, so berichtet die Zeitung, wurde die von politischen Gegnern angestimmte Internationale übertönt.

133 Ankündigung einer Kundgebung der NSDAP in der Kocher-Zeitung am 4. Februar 1933



Heute Samstag, den 4. Febr. 1933 abends 8 Uhr im Löwentellerfaal

Große öffentl. Kundgebung



anlässlich der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler und als Auftakt zum neuen Reichstagswahlkampf.

Unkostenbeitrag 20 Pf. Juden haben
Erwerbslose 10 Pf. keinen Zutritt.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Ortsgruppe Aalen.

— Vor der Kundgebung Fackelzug der SA. des Standortes Aalen vom Kriegerdenkmal zum Löwenteller. —

Am 4. Februar veranstaltete die NSDAP Aalen eine große Siegesfeier. Aufmerksame Beobachter dieser Feier konnten spüren, daß die Partei nun nicht mehr gesonnen war, die Macht, die sie in Berlin errungen hatte, aus der Hand zu geben, mehr noch, daß sie entschlossen war, diese Macht stetig und zielbewußt auszubauen. Wir verdanken Karl Mutschler einen ausführlichen Bericht über diese Feier, den ich in Auszügen wiedergebe, vor allem, um zu zeigen, wie hier von nationalsozialistischer Seite aus argumentiert wurde⁴: „Von der Aufstellung am Kriegerdenkmal marschierte die SA in den Löwenkeller. Wieder wurden Fackeln entzündet und der Aufmarsch bewegte sich durch die beflaggte Stadt. Pg. Wintergerst trug das Gedicht ‚Der Führer‘ von Ernst Mutschler vor, in dem es heißt:

„An des Einen Fackel
Entzünden die ihre
die andern,
und wandern,
ein gläubiges Heer,
geführt von dem Einen
zur schaffenden Tat.“

Dann sprachen Pg. Barth und Pg. Kling und mahnten, das tiefgreifende Geschehen dürfe uns nicht blind machen gegenüber der Pflicht, den schweren Kampf auch nach dem politischen Siege weiterzuführen! An demselben Tag veranstaltete die Eiserne Front eine Gegenkundgebung in der Bohlturnhalle. Wir können leider nicht sagen, daß die Aalener Bevölkerung den 30. Januar 1933 einmütig als die Stunde der Rettung erlebt hat. Wenn wir die Haltung der Presse in jenen Tagen verfolgen, so bietet sich das traurige Bild, daß bei uns in Württemberg unter der Regie des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz der nationalsozialistischen Bewegung allen Ernstes der Eingang nach Württemberg verbarrikadiert werden sollte. Besonders in den Hochburgen des Zentrums lebte die Wahnidee weiter, daß man mit den alten Rezepten zu seiner Zeit auch dem Nationalsozialismus ein seliges Ende werde bereiten können. Deutsche Jugend, Du trägst den Namen des Führers. Sei auf der Hut! Der alte Feind ist immer noch mitten unter uns.“ Soweit Mutschler im Originaltext.

Anhand dieses Berichts werden mehrere Dinge deutlich:

- Ein Großteil der Aalener Bevölkerung empfindet den 30. Januar 1933 wirklich nur als einen Regierungswechsel unter vielen, also als nichts Besonderes oder gar Bedrohliches.
- Die politischen Gegner der NSDAP, in diesem Fall die Eiserne Front, bekunden deutlich ihren völlig andersgearteten Willen.
- Der Hauptangriff der NSDAP in unserer Gegend erfolgt in Richtung auf das Zentrum, das sich mit allen Mitteln gegen die Erdrosselung durch den Totalitarismus wehrt.

Dem Zentrum nahestehende Zeitungen, wie etwa die Aalener Volkszeitung, gehen denn auch in den nächsten Wochen und Monaten bis zu ihrem Verbot hart mit den NS-Propagandaaussagen ins Gericht. Der erste Vierjahresplan der NSDAP zur Belebung der Wirtschaft wird als Agitation und Bluff bezeichnet, andere salbungsvolle Aussagen der NS-Propaganda in der Luft zerrissen. Die Volkszeitung argumentiert in ihrer Kritik am Vierjahresplan, die neuen Männer sähen ebenso gut wie der frühere Reichskanzler Brüning, daß der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise bereits überschritten sei und ein neuer Aufschwung quasi von selbst kommen müsse. Mithin sei es leicht und billig, die Rettung aus der Krise innerhalb von vier Jahren zu versprechen!

Die fortschreitende Gleichschaltung im Frühjahr und Sommer 1933

Am 15. Februar werden in der Zeitung drei Vorführungen im Union-Filmtheater mit Propagandafilmen über Hitler angekündigt. Drei Filme werden gezeigt: „Hitler über Deutschland“ (ein Bericht über seinen Deutschlandflug vom 15. bis 30. Juli 1932), „Das junge Deutschland marschiert“ (ein Filmbericht über das Reichsjugendtreffen in Potsdam) und ein Film „Hitlerjugend in den Bergen“. Die NS-Propaganda hat zielbewußt das recht neue Medium Film für ihre Zwecke eingespannt und setzt es nun erstmals auch in unserer Stadt ein.

Immerhin muß sich die NSDAP bei dem nun anlaufenden Reichstagswahlkampf in Württemberg gegen einen starken Opponenten durchsetzen. Staatspräsident Dr. Bolz und das Zentrum sowie SPD und bis zu ihrem Verbot die KPD betreiben eine kräftige Opposition gegen die neuen Berliner Machthaber. Am 27. Februar spricht Bolz auf einer Zentrumskundgebung in der „Krone“ in Abtsgmünd, wobei der Saalschutz von Mitgliedern der Aalener „Schwabenwacht“ (junge Zentrumsanhänger) übernommen wird⁵. Am 15. Februar wird die Rundfunkübertragung einer Hitlerrede in Stuttgart unterbrochen, da das Übertragungskabel von der Stadthalle zum Telegrafenamts durch einen Axthieb durchschlagen wurde. Am 25. Februar spricht Landtagspräsident Pg. Mergenthaler in Aalen bei einer Kundgebung im Löwenkellersaal über das Thema „Aufbruch der Nation“. Mergenthaler kritisiert aufs schärfste den württembergischen Staatspräsidenten, der von der NSDAP behauptete, sie habe gar kein Programm. Nach dem Wahltermin am 5. März werde das Zentrum nicht mehr fragen: „Wo ist euer Programm?“, sondern: „Herr Gott, ist denn euer Programm noch nicht zu Ende?“. Wenn der Staatspräsident aber davon rede, man werde notfalls mittels eines Generalstreikes die Einsetzung von Reichskommissaren in Süddeutschland zu verhindern suchen, so riskiere er, daß sich die nationalsozialistische Säuberungsaktion gegen ihn selbst richte. Wozu habe man schließlich die Reichswehr, die SA und die SS. Ebenfalls am 25. Februar warnt hingegen der evangelische Christlich-soziale Volksdienst in einer Wahlversammlung vor den Nazis.

Der Reichstagsbrand in Berlin und die am 28. Februar erfolgte „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ bringen nun die ersten Einschränkungen der demokratischen Freiheiten mit sich. „Zur Abwehr kommunistischer Gewaltakte“, so heißt es in dieser Verordnung, werden Grundrechte eingeschränkt, so etwa die persönliche Freiheit, die freie Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, die Vereins- und Versammlungsfreiheit. Eingriffe ins Brief- und Telefongheimnis sind ebenso zulässig wie Hausdurchsuchungen und Beschränkungen des Eigentums. Verfassungsmäßige Grundlage dieser Verordnung ist der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Am selben Tag berichtet die Kocher-Zeitung von ersten Verboten kommunistischer Zeitungen und von ersten Verhaftungen kommunistischer Politiker im Reich und der Region.

Die SPD bleibt vorläufig noch ziemlich unbehelligt. So kann am 1. März MdR Kurt Schumacher (der spätere SPD-Vorsitzende) vor der Eisernen Front in Aalen sprechen. Er geht hart mit der NS-Politik ins Gericht, spricht ihr jegliche politische Konzeption ab und kritisiert den Vierjahresplan als „Methode aller Diktatoren, die zuviel versprochen haben und zu schwach zum Halten seien“. Für den Fall eines Wahlsieges der Nationalsozialisten am 5. März sagt er die baldige Diktatur der NSDAP in Deutschland voraus. Hellsichtige Worte! Nur verhallten sie weitgehend ungehört.

Am 4. März gibt es noch einmal eine Großkundgebung der NSDAP mit Fackelzug der SA. Ab 20 Uhr wird die Königsberger Hitlerrede durch den Rundfunk in den Löwenkellersaal übertragen, anschließend spricht MdL Kling.

Der 5. März endet mit folgendem Wahlergebnis für Stadt und Oberamt Aalen (jeweils abgegebene gültige Stimmen; zum Vergleich ist auch das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November 1932 mitabgedruckt):

	Stadt Aalen		Oberamt Aalen	
	5. 3. 1933	6. 11. 1932	5. 3. 1933	6. 11. 1932
NSDAP	2632	1776	6333	3594
SPD	1436	1361	3354	2933
KPD	614	796	1440	2144
Zentrum	2052	1830	7888	7353
DNVP	445	467	675	664
DVP	106	144	146	204
Christlich-sozialer Volksdienst	210	233	299	312
DDP				
DBP	137	197	222	281
Württ. Bauernbund	3	–	23	–
	77	81	816	1025

Große öffentliche Kundgebung am Mittwoch den 1. März 1933 abends 8 Uhr im Spritzenhaus Redner: Reichstagsabg. Dr. Schumacher. Die arbeitende Bevölkerung ist freundlichst eingeladen. Kostenbeitrag 20 ¢, Erwerbslose 10 ¢. Vorverkauf bei den Vertrauensmännern der Eisernen Front. Nazis haben keinen Zutritt.	 Die Kampfbewegung der Eisernen Front Aalen.
---	--

134 Ankündigung einer Kundgebung der SPD in der Kocher-Zeitung am 27. Februar 1933

Das bedeutet, die NSDAP ist in Aalen-Stadt stärkste Partei und hat somit das Zentrum überrundet. SPD und KPD haben nach wie vor die Plätze 3 und 4 in der Wählergunst, wobei eine gewisse Wanderung von KPD- zu SPD-Wählern festzustellen ist. Möglicherweise war dies eine Auswirkung der Notverordnung und des bereits auf die KPD einsetzenden Druckes.

Anders ist die Lage im Landbezirk. Hier bleibt die NSDAP die stärkste Partei. Die NSDAP kann aber ihren Stimmenanteil vom 6. November 1932 fast verdoppeln. SPD und KPD teilen sich wieder in Platz 3 und 4, wobei auch hier eine Wählerwanderung von KPD zu SPD stattgefunden haben dürfte. Der große Stimmenzuwachs der NSDAP könnte möglicherweise mit einer höheren Wahlbeteiligung erklärt werden, da viele Nichtwähler vom 6. November jetzt NSDAP wählen.

Konsequenz für Aalen-Stadt: Die NSDAP, nunmehr stärkste Partei, erhebt Anspruch darauf, auch im Stadtrat mehrheitlich vertreten zu sein. Demokratische Spielregeln kümmern hier wenig. Am 9. März wird zum ersten Mal die Hakenkreuzfahne am Rathaus gehißt. Dies geschieht im Rahmen eines von der SA gestalteten Festaktes. Ebenfalls mit der „Fahne der Bewegung“ beflaggt werden der Bahnhofsvorplatz und die Parkschule, das Polizeiamt, Arbeitsamt, Amtsgericht und Oberamt.

Am 11. März berichtet die Kocher-Zeitung über die ersten Verhaftungen von Kommunisten in Aalen. „7 männliche und eine weibliche Funktionärin wurden in Schutzhaft genommen.“ Sie wurden ins KZ Heuberg verbracht, ein Lager, das auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Heuberg bei Stetten am Kalten Markt errichtet worden war. Später wurden auch führende Aalener Sozialdemokraten in dieses KZ gebracht, so etwa Georg Mergenthaler und Karl Mikeler. Aber auch einige Zentrumspolitiker sollten noch mit dem Heuberg Bekanntschaft schließen, so etwa der Landtagsabgeordnete und spätere Landrat Dr. Anton Huber, der den Nazis unangenehm aufgefallen war⁶.

Noch funktioniert jedoch ein großer Teil des Verbands- und Parteienlebens der nicht-nationalsozialistischen Gruppierungen. Am 11. März tagen die christlichen Gewerkschaften im „Kreuz“ zu ihrer Generalversammlung, am 14. März ist Generalversammlung der Ortsgruppe der christlichen Metallarbeitergewerkschaft im Saal der „Sänger-

Reichstagswahl

Wahlkreis Württemberg

(Württemberg und Regierungsbezirk Sigmaringen)

1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter- Partei (Hitlerbewegung) Hitler — Dr. Fried — Öhring — Dreher	1	☐
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Reßmann — Dr. Schumacher — Ulrich — Welmer	2	☐
3	Kommunistische Partei Deutschlands Thälmann — Frau Jettin — Buchmann — Leitner	3	☐
4	Württembergisch-Hohenzollerische Zentrumspartei Dr. Bolz — Jarny — Groß — Wiedemeier	4	☐
5	Kampffront Schwarz-weiß-rot Dr. Hugenberg — Dr. Wilder — Dr. Conthelmer — Frau Klotz	5	☐
7	Deutsche Volkspartei Dingeldey — Krämer — Frau Bälz — Mayer	7	☐
8	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) Simpfendörfer — Baukh — Glad — Bilger	8	☐
9	Deutsche demokratische Partei Württemberg und Hohenzollern Dr. Maier — Hansmann (Carl) — Frau Krauß — Dr. Haußmann (Wolfgang)	9	☐
10	Deutsche Bauernpartei Dr. Fehr — Dilling	10	☐
11	Bauern- und Weingärtnerbund Haag — von Stauffenberg — Klein — Siegel	11	☐

halle“. Am gleichen 14. März aber marschiert eine stattliche SA-Abteilung in Essingen zum Rathaus und hißt dort zum ersten Mal die Hakenkreuzfahne.

Am 18. März wird wieder ein Kommunist in Schutzhaft genommen, da er „ungebührliche Äußerungen über Reichskanzler Hitler“ gemacht habe. Zwei Tage später wird das Naturfreundehaus am Brautenberg und das Waldheim am Rohrwang polizeilich beschlagnahmt und den „nationalen Verbänden“ übergeben. Alle bisher in Schutzhaft genommenen Personen kommen auf den Heuberg ins KZ, dies wird noch einmal ausführlich in der Zeitung angegeben.

Am 21. März gibt es Großeinsatz der Schutzpolizei von Ellwangen, SA- und Stahlhelminformationen. In Aalen, Wasseraltingen, Unterkochen und Hofherrnweiler werden etwa 80 Personen verhaftet. Zu dieser Razzia schreibt die Kocher-Zeitung: „Die Verhaftungen erfolgten teils, um das Leben von verschiedenen Personen zu schützen, zum Teil, weil die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet erschien und im Interesse der Staatsautorität. Die in Schutzhaft Genommenen wurden in Omnibussen der Reichspost auf den Heuberg gebracht. In der Stadt war den ganzen Tag eine gewisse Erregung. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.“

Am gleichen Tag halten nationalsozialistische und deutschnationale Kräfte eine Feier der nationalen Erhebung an der Oberrealschule und am Reformrealgymnasium ab. Man weist darauf hin, daß das deutsche Volk unter Führung Hitlers wieder politische Hochziele aufgerichtet habe. Nun gelte es, die schwere Arbeit der inneren Erneuerung zu beginnen. Daß zu dieser Erneuerung offenbar auch die Beseitigung politischer Gegner gehörte, wird an diesem Tag in unserer Stadt besonders deutlich. Der organisierte Terror der NSDAP trägt sehr stark dazu bei, die politischen Kräfte der Weimarer Zeit rasch mundtot zu machen und gegebenenfalls auch physisch zu vernichten.

In den Tagen des Frühlingsanfangs finden in Stadt und Umlandgemeinden zahlreiche vaterländische Feiern statt, die zunehmend unter dem Einfluß der NSDAP stehen. So findet am 22. März abends in Aalen ein Fackelzug von SA, Stahlhelm, Jungbauern, militärischen Verbänden, der Schuljugend, der Feuerwehr und des Roten Kreuzes zur Parkschule statt. Dort „loderte zum Gedenken an die Gefallenen eine Flamme, die den vorbeimarschierenden Zug grüßte“. Nach einer zündenden Ansprache des einen Schulleiters, der offenbar ein „alter Kämpfer“ ist, erfolgt der Rückmarsch der Gruppen zum Marktplatz.

Einen Tag später wird im Reichstag das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ verabschiedet, das wir besser als „Ermächtigungsgesetz“ kennen. Nach diesem Gesetz, das sich auf Artikel 76 der Weimarer Reichsverfassung stützt, können Reichsgesetze von der Regierung am Parlament vorbei beschlossen werden und dürfen von der Verfassung abweichen. Damit ist formalrechtlich einwandfrei der Weg vom Rechtsstaat zum Unrechtsstaat totalitärer Prägung gewiesen.

Die Kocher-Zeitung berichtet ausführlich vom 22. bis 24. März über Debatten und

Annahme dieses Gesetzes und schreibt in einem Kommentar darüber: „All diese Einzelheiten zeigen, daß die Reichsregierung durch dieses Ermächtigungsgesetz eine Plattform hat, die ihr die Vollmacht gibt, die Neuordnung des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft durchzuführen . . .“ Auf die argen Gefahren dieses Gesetzes wird selbstverständlich nicht hingewiesen. Es macht sich in dieser Zeit überhaupt immer mehr bemerkbar, daß die Zeitung nicht mehr in der Lage ist, eventuell von der Parteilinie der NSDAP abweichende Meinungen zu veröffentlichen. Sehr wahrscheinlich werden die Redakteure bereits unter Druck gesetzt, mißliebige ausgewechselt oder wenigstens gerügt. Die formelle Gleichschaltung der Kocher-Zeitung läßt aber noch mehr als drei Monate auf sich warten, so daß doch noch einige über den braunen Einheitsbrei hinausgehende aufschlußreiche Nachrichten veröffentlicht werden.

Bis Ende März muß in Aalen die (der SPD nahestehende) Eiserne Front aufgelöst worden sein, denn unter diesem Datum gibt es eine Zeitungsnotiz, in der der Ortsgruppenführer des Stahlhelm betont, es treffe keineswegs zu, daß Formationen der ehemaligen(!) Eisernen Front der Stahlhelmortsgruppe Aalen beigetreten seien. Der Stahlhelm, der zwar nicht gerade demokratiefreundlich eingestellt gewesen war, kam also inzwischen auch schon seitens der NSDAP unter Druck. Derartige Gerüchte, daß ehemalige SPD-Anhänger nun in dieser Organisation Unterschlupf gefunden hätten, hätten den Nazis eine gute Möglichkeit gegeben, den örtlichen Stahlhelm zu diffamieren und möglicherweise aufzulösen⁷.

Die Gemeinden unserer Region tragen nun auch allmählich den gründlich veränderten Machtverhältnissen in Berlin und Stuttgart (wo seit 15. März der NSDAP-Abgeordnete Wilhelm Murr Staatspräsident ist und MdL Mergenthaler, NSDAP, Kultus- und Justizminister) Rechnung: Am 30. März verleiht der Essinger Gemeinderat Hindenburg und Hitler das Ehrenbürgerrecht, ganz im Sinne des von den Nationalsozialisten damals noch propagierten Ausgleichs zwischen den konservativen Kräften und der „Bewegung“, wie sich das am „Tag von Potsdam“ (21. März) dokumentierte.

Am selben 30. März gibt der Aalener Oberbürgermeister Schwarz eine Erklärung ab, daß der Gemeinderat und die städtischen Beamten sich „ohne Zögern auf den Boden der neuen Regierung“ stellen. Was blieb ihnen auch anderes übrig? So konnten sie immerhin hoffen, eine gewisse Kontinuität in der Verwaltung aufrecht zu erhalten und vorderhand zu verhindern, daß alle nichtnationalsozialistischen Stadträte ausgewechselt würden. Drei wichtige Anträge der NSDAP in dieser Sitzung sind zu nennen:

- Der Bahnhofplatz wird in Adolf-Hitler-Platz umbenannt. Der Antrag wird mit 3 Gegenstimmen der SPD genehmigt.
- Es sollen nur noch solche Zeitungen amtliche Mitteilungen erhalten, die sich „rückhaltlos für die Ziele der nationalen Regierung“ einsetzen. Hier wird allerdings noch kein Beschluß gefaßt.
- Es wird die sofortige Auflösung des Gemeinderates betrieben, da von Regierungsseite ja doch eine „Umstellung“ der Gemeinderäte in Kürze angeordnet würde. Die

SPD protestiert gegen diese Maßnahme, und Oberbürgermeister Schwarz versucht einen Kompromiß, der dann angenommen wird. Da nach der Gemeindeverfassung eine derartige Auflösung nicht in Frage komme, spreche der Gemeinderat die Erwartung aus, daß „die Umgestaltung möglichst bald erfolgt und geht davon aus, daß er Beschlüsse von weittragender Bedeutung nicht mehr zu fassen habe“. Somit ist der 30. März 1933 der Tag der Selbstabdankung des letzten frei gewählten Aalener Stadtparlamentes. Aufgrund dieser Ereignisse treten am 31. März Stadtrat Berger aus der SPD aus und Stadträtin Fuchs aus der KPD.

Am 31. März und am 7. April werden die ersten Gleichschaltungsgesetze erlassen. Länderregierungen erhalten – analog zum Ermächtigungsgesetz – Gesetzgebungsbefugnisse. Die Landtage werden nach dem Reichstagswahlergebnis vom 5. März unter Kassierung der kommunistischen Mandate umgebildet. Zudem werden Reichstatthalter in den Ländern eingesetzt, die nach eigenem Ermessen neue Länderregierungen bilden können. Auch die Stadt- und Gemeindeparlamente sollen analog zu den Stimmverhältnissen im Wahlkreis am 5. März neugebildet werden. Damit steht für Aalen und Umland eine Neubildung sämtlicher städtischer und gemeindlicher Gremien bevor. Zu Sonderkommissaren für das Oberamt Aalen im Rahmen der Gleichschaltungsgesetze werden am 7. April vom Innenministerium Kreisleiter Kling und Sturmbannführer Schmid bestimmt. Am selben Tag legt Oberbürgermeister Schwarz den Vorsitz bei der UJAG nieder, ein Regierungsbeauftragter führt den neuen Geschäftsführer ein.

Offensichtlich hat es durch die verschiedenen Razzien und Verhaftungen doch einige Unruhe in der Bevölkerung gegeben. Um diese zu zerstreuen, werden schon am 25. bzw. 27. März Fotos von den Konzentrationslagern Dachau und Heuberg in der Kocher-Zeitung veröffentlicht, die eindeutig die Schokoladenseite dieser Institutionen zeigen sollen. Am 13. April wird ein ausführlicher Artikel über einen Besuch im Schutzhaftlager Heuberg eingerückt, der auf allzu ängstliche Gemüter beschwichtigend wirken soll. Dem Bericht zufolge liegen 1900 Häftlinge im KZ, bewacht von 500 SA-Männern und 60 Schutzpolizisten aus Ulm. Es wird vor allem auf die „durchaus menschenwürdige“ Unterbringung der Häftlinge hingewiesen, „wie sie auch selbst anerkennen“.

Daß die NS-Propagandamaschine immer besser laufen lernt, wird auch am 20. April deutlich⁸, als der Geburtstag Hitlers auf den beiden ersten Seiten der Zeitung gewürdigt wird. Auf Seite 1 erscheint ein großes Porträt des Reichskanzlers mit einer verkürzten Biographie sowie eine Sammlung von „Hitlerworten zur Zeit“. Auf Seite 2 kommt unter dem Titel „Kämpfer, Führer, Mensch“ ein Bildbericht zum „Geburtstag unseres Volkskanzlers“. Diese Aktion war von Berlin geschickt gesteuert und versuchte, über alle Volksschichten hinweg Sympathie für den „Führer“ zu erregen.

In diesen Tagen, kurz vor dem 1. Mai, kommt es zu einem erbitterten Streit zwischen

der SA Aalen und dem katholischen Stadtpfarrer Ruß wegen des für die SA am 1. Mai angeordneten Kirchganges in der Salvatorkirche. Die SA verlangt, mit der Hakenkreuzfahne in die Kirche einziehen zu können. Immerhin ist diese ja inzwischen Reichsflagge geworden. Der Stadtpfarrer verweist aber auf einen Erlaß des Bischöflichen Ordinariates Rottenburg, der, Reichsflagge oder nicht, ihn anweist, daß die SA zwar in Uniform die Kirche betreten dürfe, aber ohne Fahne. Nach langem Hin und Her ordnet dann der Sturmbannführer den Besuch des evangelischen Gottesdienstes an. Hier wird die Rolle der katholischen Kirche deutlich, die sie noch verstärkt in den nächsten Jahren des Dritten Reiches spielen wird. Sie ließ sich nie, ähnlich wie die „Bekennende Kirche“ auf evangelischer Seite, vor den nationalsozialistischen Karren spannen. Daher gab es immer wieder mehr oder weniger heftige Spannungen zwischen ihr und der Regierung, die allerdings oft wesentlich ernsteren Charakter hatten als diese fast grotesk wirkende Aalener Episode.

Nach den Umstrukturierungen durch das Gleichschaltungsgesetz stellen sich die Gemeinderäte in folgender Sitzverteilung dar (Stand Anfang Mai 1933):

Aalen: NSDAP 9 Sitze, SPD 3 Sitze, Zentrum 5 Sitze, Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 1 Sitz;

Wasseralfingen: NSDAP 5 Sitze, SPD hat verzichtet, Zentrum 7 Sitze;

Fachsenfeld: NSDAP 1 Sitz, SPD 1 Sitz, Zentrum 6 Sitze;

Hüttlingen: NSDAP 2 Sitze, Zentrum 6 Sitze;

Waldhausen: NSDAP 2 Sitze, Zentrum 4 Sitze;

Abtsgmünd: NSDAP 2 Sitze, Zentrum 6 Sitze;

Dewangen: NSDAP 2 Sitze, Bauernbund 1 Sitz, Zentrum 5 Sitze;

Essingen: NSDAP 7 Sitze, Bauernbund 1 Sitz;

Hohenstadt: NSDAP 2 Sitze, Zentrum 4 Sitze.

Durch diese Sitzverteilung wird deutlich:

1. Die religiöse Struktur spielt nach wie vor eine erhebliche Rolle; das Zentrum ist in den überwiegend katholischen Gemeinden stärkste Gruppierung.
2. Trotz Gemeinderatsumbildung analog zu den Wahlergebnissen vom 5. März 1933 ist auch in Aalen-Stadt die NSDAP zwar stärkste Fraktion, könnte aber theoretisch von den andern drei Gruppierungen in eine Patt-Situation manövriert werden, wenn normale parlamentarische Verhältnisse herrschen würden.
3. Aus Sicht der NSDAP ist die eigene Partei in vielen Landgemeinden geradezu katastrophal schwach. Das muß anders werden!

Zunächst wird mit großem Aufwand der 1. Mai zelebriert. Über diesen „Tag der nationalen Arbeit“ wird in der Kocher-Zeitung ganzseitig berichtet. Festakte, Festgottesdienst, Ansprachen, Aufmärsche und Anhörung der Goebbels- und der Hitlerrede zu diesem Tag wechseln einander ab. Die Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung werden in den Sitzungssaal des Rathauses zu einer Feier „des Tags der nationalen Arbeit“ abkommandiert. Oberbürgermeister Schwarz zitiert in seiner Rede den Pro-

pagandaminister Dr. Goebbels, der gefordert habe, der 1. Mai müsse für die ganze Welt ein Zeichen sein, daß Deutschland erwacht sei und selbst den Weg zu Freiheit und Brot suche und auch finde. Ein Angestellter der Stadtverwaltung, offenbar ein langjähriges NSDAP-Mitglied, bringt die parteikonformen Argumente zu diesem Tag noch deutlicher: „Der heutige 1. Mai ist der Ehrentag für jeden schaffenden Menschen. Klassen gibt es im nationalsozialistischen Staate nicht, es gibt nur Volksgenossen. Nur dadurch ist unsere Bewegung innerlich so stark geworden, daß man nie fragte, was der einzelne war oder woher er kam, sondern ausschlaggebend war einzig und allein, was er für die Bewegung und damit für das deutsche Volk leistete . . .“ Nach dreifachem Sieg-Heil auf den Führer wird gemeinsam das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied gesungen. Oberbürgermeister Schwarz bringt zum Schluß ein Heil auf den Reichskanzler und Deutschland aus.

Die christlich-nationalen Gewerkschaften veranstalten noch zum 1. Mai ihre eigene Kundgebung in Aalen. Dies war aber die letzte derartige Veranstaltung. Einen Tag später werden die Gewerkschaften liquidiert, ihre Organisationen reichsweit aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt und ihre Funktionäre verhaftet. So wird am 4. Mai auch in Aalen die freie (SPD-)Gewerkschaft gleichgeschaltet bzw. Ende Mai in die Deutsche Arbeitsfront überführt, eine riesige Zwangsorganisation, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber angehören müssen.

Mitte Mai wird in Aalen der Druck auf die SPD immer stärker. Die Partei selbst wird am 22. Juni verboten. Am 18. Mai legen die drei SPD-Stadträte ihre Mandate nieder. Die NSDAP setzt durch, daß sie bei allen Geschäften im Stadtvorstand die Stellvertretung innehat. Ebenso erreicht sie, daß Fürsorgeempfänger und städtische Beamte nicht mehr im (SPD-)Konsumverein einkaufen dürfen. Ihre fadenscheinige Begründung war, das NSDAP-Parteiprogramm lehne eine Unterstützung der Groß-Warenhäuser ab.

Bei der Sitzung am 1. Juni wird beschlossen, daß die Friedrich-Ebert-Straße und die gleichnamige Linde in Schlageterstraße bzw. Schlageterlinde umbenannt werden soll. Das Ratsprotokoll läßt vermuten, daß es bei dieser Sitzung noch einmal heftigen Streit zwischen den Zentrums- und den NSDAP-Stadträten gab, weil die NS-Stadträte einen viel größeren Einfluß auf die Geschicke Aalens zu nehmen versuchten als ihnen von ihrer Sitzzahl überhaupt möglich war.

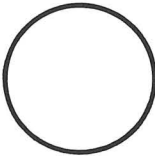
An Pfingsten veranstalten zahlreiche Jugendorganisationen ihre Pfingstausfahrten, so etwa der CVJM, das Jungvolk, der BdM und der Albverein. Hier steht die Gleichschaltung noch bevor. Die Pfadfinder werden erst 1934 verboten, sie sind wegen ihrer internationalen Beziehungen noch geduldet. Noch später wird die katholische Jugendorganisation aufgelöst. Das geschieht allerdings erst 1938, wohl mit Rücksicht auf die Katholiken im Reich und den Vatikan, zu dem man ein entspanntes Verhältnis erstrebt. Nur kommunistische und sozialistische Jugendorganisationen sind gleich 1933 verboten worden.

Im Juni nimmt die Gleichschaltung bzw. die Einbeziehung noch zögernder Organisationen und auch einzelner Bürger ins nationalsozialistische Organisationsnetz immer deutlichere Züge an. Am 10. Juni wird die NS-Angestelltenschaft in Aalen errichtet, am selben Tag werden bei der NS-Lehrerbundtagung in Aalen auf einen Schlag 19 neue Mitglieder vom NSLB-Kreisleiter aufgenommen. Hierzu entschlüpfen der Kocher-Zeitung einige verräterische Sätze: „Noch vor einem Vierteljahr konnte man die Mitglieder im Kreis Aalen an den Fingern einer Hand zählen und heute vermochte der Saal der Reichspost die zur üblichen Monatsversammlung Erschienenen kaum zu fassen.“ Der von allen Seiten durch die Partei und die ihr angeschlossenen Organisationen ausgeübte Druck wirkt sich aus.

Am 19. Juni wird Dr. Bolz in Schutzhaft genommen, am 22. Juni hängt in der Gemeinderatssitzung in Aalen zum ersten Mal ein Hitlerbild im Sitzungssaal, einem Wunsche des Gemeinderats entsprechend, wie es in der Zeitung heißt. Als Oberbürgermeister Schwarz bittet, sich zu Ehren des Führers von den Sitzen zu erheben, kommen die Stadträte „freudig“ dieser Aufforderung nach. Am 24. Juni werden mit großem Aufwand Sonnwendfeiern in Aalen und fast allen Umlandgemeinden durchgeführt.

Am 25. Juni wird die Ellwanger Druckerei der Aalener Volkszeitung, Ipf- und Jagstzeitung und des Bopfinger und Neresheimer Tagblatts von SS besetzt, über die Blätter

136 Stimmzettel für die Reichstagswahl am 12. November 1933

Reichstagswahl Wahlkreis Württemberg (Württemberg und Regierungsbezirk Sigmaringen)												
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) Adolf Hitler <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 33%; text-align: center;">Rudolf Heß</td> <td style="width: 33%; text-align: center;">Wilhelm Fritd</td> <td style="width: 33%; text-align: center;">Hermann Göring</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Joseph Goebbels</td> <td style="text-align: center;">Ernst Röhm</td> <td style="text-align: center;">Walther Darré</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Franz Seidler</td> <td style="text-align: center;">Franz von Papen</td> <td style="text-align: center;">Alfred Hugenberg</td> </tr> </table>			Rudolf Heß	Wilhelm Fritd	Hermann Göring	Joseph Goebbels	Ernst Röhm	Walther Darré	Franz Seidler	Franz von Papen	Alfred Hugenberg	
Rudolf Heß	Wilhelm Fritd	Hermann Göring										
Joseph Goebbels	Ernst Röhm	Walther Darré										
Franz Seidler	Franz von Papen	Alfred Hugenberg										



137 Stimmzettel für die Reichstagswahl am 29. März 1936

die Vorzensur verhängt, und am 1. Juli wird ihnen der Charakter als Amtsblatt entzogen, was für diese Blätter das Aus bedeutete.

Mit dem 1. Juli 1933 ist die Kocher-Zeitung das alleinige Amtsblatt für alle Behörden des Oberamts Aalen. Es führt im Titel die Bezeichnung „Nationalsozialistisches Organ“. Somit ist diese Zeitung gleichgeschaltet und im nationalsozialistischen Sinne ausgerichtet. Auf Seite 1 am 1. Juli nennt die Zeitung ihre künftige Zielsetzung: Sie wird von der Arbeit der Regierung und von dem Wesen und Wollen des Nationalsozialismus berichten. Sie will Mittler sein zwischen Führer und Volk, ist also mit anderen Worten voll eingespannt in die NS-Propaganda. Freundliche Geleitworte von Kreisleiter, Ortsgruppenleiter und anderen „braunen“ Persönlichkeiten runden das Bild von der regierungskonformen Zeitung ab. Damit wird das Blatt an mehr oder weniger langer Leine durch die Sprachregelungen des Propagandaministeriums oder durch die vorgefilterten Auslandsnachrichten des Deutschen Nachrichten-Büros geführt.

Am 5. Juli löst sich das Zentrum selbst auf. Am 7. Juli kommen bei der neuen Sitzung die Aalener Zentrumsstadträte nicht mehr in den Gemeinderat. Sie hatten aus der Selbstauflösung ihrer Partei die formale Konsequenz gezogen. Als am 14. Juli das Gesetz gegen Neubildung von Parteien erlassen wird und die NSDAP zur Staatspartei er-

klärt wird, sind auch de jure sämtliche parlamentarische Repräsentativ- und Kontrollorgane im Reich ausgeschaltet. Die einzige Funktion, die ihnen hin und wieder zugebilligt wird, ist die der Akklamationsmaschine für die in einem totalitären Staat gefällten Entscheidungen.

Trotzdem gibt es noch einige Bürgerinnen und Bürger im Oberamtsbezirk Aalen, die bei dem ersten Scheinplebiszit vom 12. November 1933 („Billigst Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, diese Politik Deiner Reichsregierung und bist Du bereit, sie als den Ausdruck Deiner eigenen Auffassung und Deines eigenen Willens zu erklären und Dich feierlich zu ihr zu bekennen? Ja–Nein“ und gleichzeitig Präsentation einer neuen gleichgeschalteten NSDAP-Reichstagsliste) entweder ungültige Stimmzettel abgeben, was in der damaligen Lage als Gegenstimme gewertet werden muß oder gar mit Nein stimmen. In Aalen sind 7881 Stimmen gültig und 215 ungültig. Noch deutlicher ist das Ergebnis in Wasseralfingen, was auf mögliche versteckte Gegenpositionen gegen den Nationalsozialismus schließen läßt. Hier sind 2736 Stimmen gültig und 412 ungültig (= 15%!)¹⁰. Im gesamten Oberamt Aalen stimmten 96,5% aller Wahlberechtigten, die gültige Stimmzettel abgaben, mit „Ja“.

Unter der Oberfläche bleibt jedoch einiges an berechtigter Unzufriedenheit zurück. Darauf weist auch die Einleitung des 1937 erschienenen Einwohnerbuches von Stadt und Kreis Aalen hin. Hier heißt es: „Die innere Ausrichtung in Stadt und Land stellte nach der Lösung der machtpolitischen Frage eine keineswegs leichte Aufgabe. Sie kann heute dank einer festen und klugen Führung im wesentlichen als verwirklicht angesehen werden . . . Die Unentwegten und Unbelehrbaren sind auf ein geringes, auf den Aussterbeetat gesetztes Häuflein zusammengeschmolzen . . .“ Wie gut, daß noch einige dieser „Unbelehrbaren“ übrigblieben, sich zum Teil auch an die Gegebenheiten anpaßten, um dann nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Hybris aus dem Nichts heraus den Aufbau eines neuen, demokratischen und menschlichen Staatswesens zu übernehmen.

Quellen:

Kocher-Zeitung, Jahrgang 1933;

Karl Mutschler, Die Hitlerbewegung im Kreis Aalen (1923–1933), Aalen 1935;

Alfred Edenhofer, Vorwort zum Einwohnerbuch von Stadt und Kreis Aalen, Aalen 1937;

Stadtarchiv Aalen, Gemeinderatsprotokolle 1933;

Eugen Hafner, Der Raum Aalen/Ellwangen vom Ende des alten Reiches bis zur Gegenwart, in: Der Ostalbkreis, Stuttgart und Aalen 1978, S. 117–143;

P. Sauer, Von der Weimarer Republik zum Dritten Reich, in: Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament, hsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart 1982

Anmerkungen:

- 1 P. Sauer, a.a.O., S. 216 ff.
- 2 Hauptquelle für das Jahr 1933 ist die Kocher-Zeitung, deren Bände im Stadtarchiv Aalen vom Verfasser eingesehen wurden
- 3 Oberbürgermeister Schwarz feierte am 28. Januar 1933 sein 30jähriges Dienstjubiläum als Aalener Stadtoberhaupt
- 4 Karl Mutschler, a.a.O., S. 276 ff.
- 5 Eugen Hafner, a.a.O., S. 133
- 6 Desgl., S. 134
- 7 Am 27. April 1933 tritt Franz Seldte in die NSDAP ein. Der von ihm gegründete „Stahlhelm“ wird der NSDAP unterstellt, d. h. gleichgeschaltet
- 8 Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda war am 15. März 1933 unter Leitung von Dr. Joseph Goebbels gegründet worden
- 9 Gemeinderatsprotokoll 1933, S. 129
- 10 Die Zahlen sind der Kocher-Zeitung vom 13. November 1933 entnommen